



WORTE DES LANDESVORSITZENDEN

Regeln, Handlungsspielraum und unsere Aufgabe

Wir müssen mal wieder über die Verhältnismäßigkeit polizeilicher Maßnahmen reden. Denn ganz oft sind meine Kolleginnen und Kollegen das falsche Diskussionsobjekt in unserem Rechtsstaat.

Norbert Cioma

Foto: CandyPotPictures

Ein Hamburger Funkwagen fährt mit ordentlich Tempo im Jenischpark hinter einem Menschen her. Er ist weggerannt, als ihn „die Polizei“ kontrollieren wollte, weil er keine Mund-Nasen-Schutzmaske trug. Nicht nur wegen dieses Einsatzes, sondern auch wegen zahlreicher Schilderungen von wehrlosen Bürgerinnen und Bürger über Polizeieinsätze zur Einhaltung der Corona-Eindämmungsverordnungen ist in unserem Land mal wieder eine Diskussion über die Verhältnismäßigkeit polizeilicher Maßnahmen entstanden.

Die viral gegangenen objektiven, aber vor allem subjektiv wahrgenommenen Bilder scheinen martialisch, keine Frage – wie im Übrigen sehr viele polizeiliche Maßnahmen. Man muss auch über Verhältnismäßigkeit diskutieren, wenn Einsatzkräfte Jogger in deutschen Parks anhalten, weil sie keine Maske tragen, oder sie sich Zugang zu Wohnungen verschaffen, in denen vier Menschen aus drei Haushalten gemeinsam Abend essen. Aber genau zum Thema ist die Exekutive das falsche Diskussionsobjekt.

Im Rahmen der Pandemieeindämmung erleben wir seit über einem Jahr massive Grundrechtseingriffe, bei denen es beachtlich ist, dass sie von den meisten Menschen in unserem Land so akzeptiert und Regeln befolgt werden. Regeln, die nicht jeder nachvollziehen kann oder de-

ren Akzeptanz nach der langen Zeit langsam schwindet. Trotz allem schenken die meisten Menschen den Regeln Beachtung. Regeln, die von den von uns in einem demokratischen Prozess gewählten Politikerinnen und Politikern auf Basis der Gespräche mit Virologen und Medizinern beschlossen wurden. Regeln, mit denen sich die Justiz beschäftigt sowie deren verfassungsmäßige Ausgestaltung sie überprüft. Regeln, die Polizei und Ordnungsämter durchsetzen müssen.

Das gilt auch im Straßenverkehr, wenn man über eine rote Ampel fährt, hinter einem ein Funkwagen das registriert oder der Blitzer aufleuchtet und die Tat geahndet wird. Dann sehen es auch alle Bürgerinnen und Bürger so, dass der Autofahrer andere und sich gefährdete. Wir sind uns alle einig, dass Regeln, die niemand überprüft und durchsetzt (das Schwert), sich erübrigen und den von uns allen getragenen (Gesellschafts-)Vertrag ad absurdum führt.

In Berlin haben wir bei den Corona-Eindämmungsverordnungen stets darauf hingewiesen, dass wir kein Regelungs-, sondern ein Durchsetzungsproblem haben. Wenn man das zurückliegende Jahr mal genau beobachtet, kann man durchaus den Eindruck gewinnen, dass Berlins verantwortliche Politik durchaus verstanden hat.

Wir haben immer wieder betont, dass wir keine Einsatzhundertschaften in U-Bahnen schicken können, um das Maskentragen zu kontrollieren, dass unsere Kolleginnen und Kollegen den triftigen Grund für einen Aufenthalt an der frischen Luft schwer nachweisen können und deshalb kaum Leute ansprechen werden und es mitunter zwei, drei Stunden dauern kann, bis wir die Daten einer wenig kooperativen Person haben, um ihr einen Verstoß nachzuweisen, weshalb auch das vielfach nicht kontrolliert wird. Wir priorisieren, weil wir aufgrund des vorhandenen Personals in der Hauptstadt zum Priorisieren gezwungen sind – in der alltäglichen Kriminalitätsbekämpfung ist das genauso wie bei den Corona-Verstößen. In seltenen Fällen entscheidet die Berliner Polizei selbst darüber, was sie priorisiert angeht. Im Regelfall passiert das auf politischen Duktus. Wenn es demnach heißt, wir wollen, dass in den Partyteilen gegen Menschengruppen und rechtswidrig geöffnete Einrichtungen vorgegangen wird, dann gibt es genau dort Corona-Streifen. In anderen Bundesländern ist es bestimmt nicht anders. Wenn sich dann eine Person oder erkennbaren Grund polizeilichen Maßnahmen widersetzt, versucht man sie gemäß der Rechtsgrundlage dafür zur Verantwortung zu ziehen. Einfach laufen lassen kann man sie auch nicht. Polizistinnen und Polizisten, die Exekutive, unterliegen dem Legalitätsprinzip. Polizistinnen und Polizisten bewerten als Teil der Exekutive politische Entscheidungen (Legislative) nicht, das macht die Judikative, die auch die Verhältnismäßigkeit prüft, wenn sie angerufen wird. Als GdP bleiben wir am Ball und werden auch weiterhin die Politik immer wieder darauf hinweisen, dass sie bei ihren Entscheidungen auch auf das Ende schauen muss. Denn nichts ist schlimmer, als wenn der Gesellschaftsvertrag von den Bürgerinnen und Bürger aufgekündigt werden würde. ■



Liebe Kolleginnen und Kollegen,
in unserem Land herrscht Wahlkampf. Das sieht man auf Bundesebene, wenn Ministerinnen und Minister nicht mehr ganz im Einklang mit der Corona-Politik der von ihren Parteien bestückten Bundesregierung argumentiert, und in Berlin, wenn man insbesondere im Bereich der Inneren

Sicherheit merkt, dass die aktuellen drei Regierungsparteien durchaus unterschiedliche Meinungen haben, um es sanft und blumig zu beschreiben. So werden wir in den nächsten Monaten sicherlich die eine oder andere klare Positionierung aus den Parteien vernehmen. Dabei helfen wir gern, mit unserer Interviewreihe zur Berlin-Wahl 2021.

Viel Spaß beim Lesen!
Benjamin Jendro, Landesredakteur

MEDIRENTA INFORMIERT: BEIHILFE – LEICHT GEMACHT!

Wissenswertes zum Berliner Beihilferecht in sechs Kapiteln – Kapitel 1

Grundlagen und Grundsätzliches

Beamte und deren Angehörige denken beim Begriff „Beihilfe“ in der Regel an Kranken- oder Pflegekosten. Ökonomen denken vielleicht eher an wirtschaftliche Beihilfen des Staates oder der EU. Hier aber geht es in der Tat um die staatliche Beihilfe, die sich aus der Fürsorgepflicht des Staates in Form des Dienstherrn für seine „Diener“ ergibt. Das Wort „Beihilfe“ impliziert die Hilfe zu etwas, nicht aber die vollständige Übernahme. Damit befinden wir uns bereits mitten im Thema. Denn die Beihilfe ergänzt lediglich die nötige Eigenvorsorge, die sich unter anderem in der allgemeinen Krankenversicherungspflicht spiegelt. Meist schließen Beihilferechtigte eine Restkostenversicherung bei einer privaten Krankenversicherung (PKV) ab. Natürlich kann man sich auch bei einer gesetzlichen Krankenkasse versichern, das kann sich aber in bestimmten Fällen durchaus nachteilig auswirken (siehe Kapitel 5).

Die Versicherungsleistungen der PKV sind zwar vergleichbar, differieren aber im Detail von Gesellschaft zu Gesellschaft und von Tarif zu Tarif. Sie basieren auf dem individuellen Vertragsverhältnis und den vereinbarten Versicherungsbedingungen. Ganz wichtig: Es gilt das Kostenerstattungsprinzip. Die Leistungserbringer, Ärzte, Apotheken usw., haben einen individuellen Vertrag mit und insofern einen Anspruch gegenüber dem Patienten. Im Klartext bedeutet das, der Beihilferechtigte muss in Vorleistung gehen und versuchen,

sich seine Auslagen von seiner Versicherung und seiner Beihilfestelle auf Antrag erstatten zu lassen. Das klappt in den allermeisten Fällen auch sehr gut. Ein paar Dinge sollte man aber beachten: Es gibt keine Rechtsgrundlage für die zeitliche Bearbeitung von Beihilfeanträgen in den Beihilfevorschriften, Hinweise gibt lediglich das Verwaltungsverfahrensgesetz in § 75 „Unfähigkeitsklage“. Da kann es durchaus einmal zu unschönen Verzögerungen kommen. Auch wird nicht alles Beantragte immer vollständig bewilligt. Hier empfiehlt es sich, im-



mer einen kleinen „Puffer“ für Unvorhergesehenes in Form eines fiktiven oder tatsächlichen Beihilfekontos anzulegen.

Wenn planbare teure Behandlungen – Reha-Maßnahmen, ein Krankenhausaufenthalt, sehr teure Heil- oder Hilfsmittel – auf einen zukommen, gibt es die Möglichkeit, Abschlagszahlungen bei der zuständigen Beihilfestelle zu beantragen. Ein Rechtsanspruch darauf besteht allerdings nicht. Im Pflegefall kann man für regelmäßige Aufwendungen einen Antrag auf wiederkehrende Zahlungen stellen. Diese Zahlungen können für bis zu sechs Monate im Voraus genehmigt werden.

Generell sollte jeder Beihilferechtigte sich die Mühe machen, seine Buchführung im Gesundheitsbereich ordentlich und übersichtlich zu gestalten und aktuell zu halten. ■

Medirenta, Deutschlands führende Beihilfeberatung, ist Partner der GdP Berlin. Die Fachleute von Medirenta übernehmen für Beihilferechtigte sämtliche Vorgänge rund um deren Krankenkosten, und das seit rund 40 Jahren.

Hier findest du uns
im Social Media



WORTE AUS DEM LANDESJUGENDVORSTAND

Wir müssen an unserem Erwartungsmanagement arbeiten!

Stellen für fertig ausgebildete Polizeibeamt*innen kann man nicht einfach ausschreiben und auf Bewerbungen hoffen, man muss sie eigenhändig ausbilden – und zwar gut. Aber wie soll man in einer Lage, in der wir uns inzwischen seit über einem Jahr befinden, eine gute Ausbildung gewährleisten? Die Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR), an der unser gehobener Dienst ausgebildet wird, hat seit einem Jahr den Präsenzbetrieb fast durchgängig eingestellt und unsere Polizeiakademie? Die kann ihren Lehrbetrieb und die Kompensation der Lockdown-Zeiten nur noch mit einer Kürzung oder Streichung von Lehrinhalten aufrechterhalten.

Björn Hanisch
Landesjugendvize

Unsere Berliner Polizei braucht gut ausgebildeten Nachwuchs – dringend. Der Personalbedarf ist aktuell so hoch wie nie zu vor. Eine nicht unerhebliche Anzahl von Kolleginnen und Kollegen wird uns in den nächsten Jahren in Richtung des wohlverdienten Ruhestands verlassen. Ihre Stellen müssen neu besetzt werden und können nicht lange leer bleiben. Nach einer kleinen Delle haben wir uns daran gewöhnen können, dass der überwiegende Teil der in der Berliner Polizei ausgebildeten Kolleginnen und Kollegen in ihrer Ausbildung alles für den weiteren Weg mitbekommen hat, um den Dienstgruppen und Hundertschaften zügig eine Entlastung zu bieten.

Und jetzt? Ausbildungsinhalte, die, noch nicht allzu lange her, über einen langen Zeit-

raum gelehrt und vertieft wurden – wie zum Beispiel die einsatzbezogene Selbstverteidigung –, konnten jetzt nur noch in Kompaktlehrgängen vermittelt werden. Lehrgänge, die nicht zwingend für das Erreichen des Abschlusses erforderlich sind, wurden und werden ersatzlos gestrichen. Das ist nicht schön und sicher auch nicht der Anspruch der Polizeiführung an ihren Nachwuchs – aber es war und ist wahrscheinlich alternativlos.

Das führt dann aber auch zwangsweise dazu, dass jeder von uns seine Ansprüche an frisch ausgelernte Kolleginnen und Kollegen überdenken muss, sie können nicht die gleichen sein wie noch vor Corona. Wir werden Verständnis dafür haben müssen, dass die Fortbildungszeiten unserer Kolleginnen und Kollegen in den ersten Jahren viel höher sein wird als wir es gewohnt sind und auch dafür, dass vielleicht noch nicht alles beim ersten Mal perfekt sitzt.

Niemand wurde als Polizistin oder als Polizist geboren, wir alle sind durch die Bausteine Ausbildung, Fortbildung und Erfahrungen zu Polizistinnen und Polizisten geformt worden. Den durch die Corona-Pandemie beschädigten Baustein Ausbildung werden wir in den nächsten Jahren durch Fortbildung und durch die Unterstützung der Kolleginnen und Kollegen ausgleichen müssen. ■

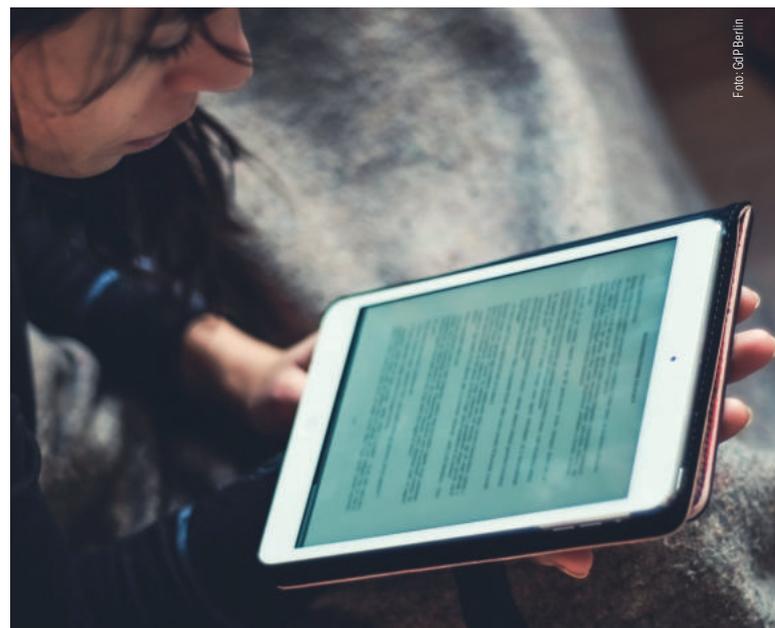


Foto: GdP Berlin



Berlin-Wahl 2021 – Wir fragen für Dich nach April: Teil 1 – Klaus Lederer (Die Linke)

Mai: Teil 2 – Bettina Jarrasch (Bündnis 90/Die Grünen)

Juni: Teil 3 – Sebastian Czaja (FDP)

Juli: Teil 4 – Franziska Giffey (SPD)

August: Teil 5 – Kai Wegner (CDU)

INTERVIEW DES MONATS – BERLIN-WAHL 2021 – TEIL 1: KLAUS LEDERER

„Für Symbolpolitik sind mir Grundrechte zu wichtig“

Wir befinden uns im Superwahljahr, in dem nicht nur auf Bundesebene die Karten neu gemischt werden, sondern auch auf Landesebene. Voraussichtlich Ende September können sich die Berlinerinnen und Berliner ein neues Abgeordnetenhaus zusammenstellen. Bis es zum Wahltag kommt, ziehen noch ein paar Tage ins Land. Zeit genug für uns, um den Spitzenkandidaten der demokratischen Parteien ein wenig auf den Zahn zu fühlen. Den Auftakt unserer Reihe macht Klaus Lederer (Die Linke).

Im Gespräch mit Landesredakteur Benjamin Jendro

DP: Lieber Herr Lederer, wann hatten Sie als Privatperson das letzte Mal Kontakt zur Polizei?

Lederer: Im dienstlichen Umgang habe ich verschiedentlich mit Polizeibeamt*innen zu tun, sei es mit den freundlichen Personenschützern meiner Senatskollegen oder am Parlament mit den Kolleg*innen vom Objektschutz.

DP: Fühlen Sie sich sicher in der Hauptstadt?

Grundsätzlich fühle ich mich in Berlin sehr sicher. Aber mich besorgt natürlich, dass es für bestimmte Gruppen so etwas wie Angsträume gibt und sie sich eben nicht sicher fühlen, leider nicht überall sicher fühlen können. Das gilt für bspw. Frauen, Menschen mit Migrationsgeschichte, Menschen, die anders leben, anders lieben. Natürlich liegt mir die soziale Sicherheit am Herzen, denn Unsicherheit und Kriminalität haben vielfach gesellschaftliche, soziale Ursachen.

DP: Welche Rolle spielen Polizei und Feuerwehr in Ihrem Alltag?

Im unmittelbaren Erleben zum Glück keine. Dass dies so ist, ist aber zum großen Teil eben diesen Kolleginnen und Kollegen zu verdanken, die ihre harte Arbeit jeden Tag für uns machen, damit wir sie nicht brau-

chen. Allerdings habe ich Polizeibeamte im Familien- und Freundeskreis.

DP: Welchen Aufwuchs in Sachen Personal planen Sie für Polizei und Feuerwehr?

Wir haben in den letzten Jahren bei Polizei und Feuerwehr die Ausbildungskapazitäten voll ausgereizt und viel neues Personal eingestellt. Diesen Weg wollen wir natürlich weitergehen. Schon alleine, weil in den kommenden Jahren zahlenmäßig starke Jahrgänge in den Ruhestand gehen werden, wird es nicht einfach, das Stellenwachstum fortzuführen. Das bleibt aber unser Ziel.

DP: Wie stehen Sie zu einem 24/7-Dienst bei den Ordnungsämtern?

Es ist klar, dass die Aufgaben der Ordnungsämter sich nicht nach Feierabend in Luft auflösen. Deshalb kann die Ausweitung der Dienstzeiten bei einigen Aufgaben Sinn machen. Auch für die Polizei wäre es eine Entlastung. Priorität hat jedoch, die Unterbesetzung der Ordnungsämter zu beenden.

DP: Was denken Sie über die Rigaer StraÙe 94?

Eine komplizierte Gemengelage. Sie steht ja so im Fokus, dass sie nahezu Symbolcharakter hat – im Guten, beispielsweise für

Freiräume, andere Lebensentwürfe, wie im Schlechten, als Hort von Gewalt. Diese Pole heizen die Lage extrem auf, das ist allein durch die Polizei kaum zu lösen. Klar ist: Es braucht eine Lösung, aber die wird nicht einfach. Ein Problem war immer die ungeklärte Eigentümerschaft an dem Objekt. Wenn da nun durch Gerichtsentscheidungen mehr Klarheit reinkommt, besteht vielleicht die Chance, dass ein gemeinnütziger Akteur die Immobilie übernimmt. Das wäre hilfreich, um die Situation dort zu entspannen.

DP: Planen Sie eine Lebensarbeitszeitverlängerung bei Beamten/eine Anhebung des Pensionsalters?

Nein. Eine freiwillige Verlängerung der Arbeitszeit sollte individuell möglich sein, wenn die Situation in der Dienststelle das erfordert. Es sollten dadurch aber nicht die Aufstiegschancen der nachfolgenden Generationen verbaut werden.

DP: Wie stehen Sie zum Thema Videoüberwachung an belebten Plätzen und Orten?

Es ist ja bekannt, dass wir aus Gründen des Grundrechtsschutzes gegen einen Ausbau der Videoüberwachung sind. Ich glaube, dass es bessere Instrumente zur Reduzierung von Straftaten gibt. Die Evaluationsergebnisse zur Videoüberwachung, die wir kennen – etwa aus NRW – sind ernüchternd. Da muss ich ehrlich sagen: Für Symbolpolitik, die Sicherheit eher vorgaukelt als sie schafft, sind mir die Grundrechte zu wichtig. Dass es anders geht, hat die Polizei auch gezeigt: Dort wo sie mit mehr Personal und intelligenten Konzepten tätig war, wie etwa am Kotti, konnte die Kriminalitätsrate gesenkt werden. Statt flächendeckender Videoüberwachung möchte ich eine ansprechbare Polizei.

DP: Welche Schritte planen Sie, wenn das BVerfG nach der Besoldung von Richtern auch die A-Besoldung vergangener Jahre als verfassungswidrig einstuft? (Widerspruch, Auszahlung nur an Kläger, Pauschalbetrag ...?)



Foto: © DIE LINKE Berlin

Das werden wir entscheiden, wenn das Urteil vorliegt.

DP: Welchen Platz im Besoldungsranking streben Sie für 2026 an?

Es war ein politischer und finanzieller Kraftakt, den Pfad der Angleichung der Berliner Besoldung an den Länderdurchschnitt verbindlich festzulegen. Dafür haben wir uns auch wirklich starkgemacht. Nun haben wir das auch bei den Zulagen geschafft. Da sind wir schon weiter als so manches Bundesland. Aber klar, um insbesondere mit dem Bund konkurrieren zu können, müssen wir weiter zulegen.

DP: Zulagen sind mittlerweile ein wichtiger Gehaltsbaustein – Ist mit den Linken die Ruhegehaltstauglichkeit machbar?

Wenn wir das Ziel im Bereich Besoldung erreicht haben, können wir uns auch anderen Fragen wie der Prüfung der Ruhegehaltstauglichkeit zuwenden.

DP: Was halten Sie von einer 35-Stunden-Woche?

Das ist eine alte gewerkschaftliche Forderung, die mir natürlich sympathisch ist. Wir alle wissen, wie schwierig es ist, Familie, Freunde und Beruf oder sogar noch Ehrenamt unter einen Hut zu bekommen, vor allem mit Drei-Schicht-System und/oder Wochenendarbeit. Bis wir im öffentlichen Dienst ernsthaft darüber reden können, ist es noch ein längerer Weg.

DP: Was sind die größten Herausforderungen in der neuen Legislaturperiode?

Der Ausbau der öffentlichen Infrastruktur, also beispielsweise Bibliotheken, Schulen, Gesundheitswesen, bleibt ein Investitionsschwerpunkt. Natürlich wollen wir auch die Kieze inner- und außerhalb des S-Bahn-Rings besser miteinander verbinden, sprich den ÖPNV massiv ausbauen. Berlin ist nicht nur Innenstadt. Und eins meiner Herzensthemen: die Vielfalt in unserer Stadt sichern. Das kleine Theater an der Ecke, die Laubenkolonie. Dafür muss auch zukünftig Platz sein. Und ich möchte, dass Menschen aller Einkommensklassen mit ihren Familien eine Wohnung finden. Deshalb bleiben der bezahlbare Wohnungsneubau, die Gestaltung der neuen Stadtquartiere natürlich ebenfalls ein Schwerpunkt.

DP: Was sind für Sie die größten Baustellen der Inneren Sicherheit?

Die zunehmende Hasskriminalität in einem gesellschaftlichen Klima, das immer härter und ruppiger wird, bereitet mir sehr große Sorgen! Das betrifft das Zusammenleben

zwischen den Menschen insgesamt sehr direkt. Permanentes Zündeln und Provozieren von rechts macht sich auch durch konkrete Taten bemerkbar. Die Bedrohung ist deutlich gestiegen und das gefährdet unser aller Zusammenleben.

Dass auch regelmäßig rechte Vorfälle und sogar Straftaten bei Polizei, Feuerwehr und Militär bekannt werden, kann einen dabei nicht kaltlassen. Ich möchte mich auf unsere Polizei etc. verlassen können, deshalb müssen wir uns dieser Problematik stellen, statt sie kleinzureden. Die Studie, die wir dazu in Berlin jetzt angestoßen haben, ist dafür ein erster Schritt. Bei der sonstigen Kriminalitätsentwicklung sind Straftaten im Internet eine besondere Herausforderung, auf die wir reagieren müssen. Vom Warenkreditbetrug bis zu Hackerangriffen – da braucht es vor allem personell eine bessere Aufstellung mit hoch qualifizierten Kräften.

Was die Arbeitsbedingungen bei Polizei und Feuerwehr angeht, bleibt der Investitionsstau bei den Liegenschaften eine große Herausforderung. Hier haben wir bereits viel auf den Weg gebracht, aber es bleibt noch viel zu tun, denn in vielen Dienststellen sind die Zustände immer noch unbefriedigend.

DP: Was planen Sie genau, um die Digitalisierung im öffentlichen Dienst voranzutreiben?

Die Corona-Pandemie hat uns gelehrt, dass wir die IKT-Infrastruktur in der Verwaltung nicht nur modernisieren und standardisieren, sondern noch viel mehr auf mobiles Arbeiten ausrichten müssen. Hier müssen wir ran. Aber das geht natürlich nicht nur über die Endgeräte, über die zumeist gesprochen wird. Die Schaffung der Grundvoraussetzungen für die Digitalisierung, also insbesondere die flächendeckende Einführung der E-Akte, die Standardisierung der Verfahren und die Zentralisierung des Betriebs beim landeseigenen ITDZ, das sind Prozesse, die eher im Hintergrund laufen und die wir dringend beschleunigen müssen.

DP: Welche Bausteine benötigt es, um die Berliner Landesverwaltung zum attraktiven Arbeitgeber zu machen?

Die Bezahlung ist natürlich wichtig, da sind

wir gut vorangekommen. Aber das alleine reicht nicht, wir müssen noch mehr tun, um vor allem auch die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Dazu gehört die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ebenso wie die Möglichkeiten des Homeoffice, aber auch ein aktives Gesundheitsmanagement und intelligente Arbeitszeitmodelle. Ansprechende, moderne Büros, die nicht den zweifelhaften Charme der 80er-Jahre versprühen, sind ebenfalls wichtig genauso wie schnellere Einstellungsverfahren.

DP: Haben Sie einen Plan gegen Drogen und die dazugehörige Begleitkriminalität in der Hauptstadt?

Ich bin der festen Überzeugung, dass sich Konsum und Handel von Drogen durch repressive Mittel allein nicht aus der Welt schaffen lassen. Deshalb werden wir weiter auf eine Stärkung von Prävention, Suchthilfe und Therapieangeboten in Berlin setzen. Mit einer Entkriminalisierung von Mengen zum Eigenbedarf sollten wir Polizei und Justiz entlasten, damit die sich auf die wirklich wichtigen Aufgaben wie die organisierte Kriminalität konzentrieren können. Ein wirksamer Schritt wäre es, dem Schwarzmarkt durch kontrollierte Abgabe die Grundlage zu entziehen. Dabei hat man dann – anders als auf dem Schwarzmarkt – auch die Möglichkeit, die Abgabe zu begrenzen, Jugendschutz und Gesundheitsschutz durch Qualitätskontrolle zu verbessern. Dafür bräuchte es aber endlich eine Modernisierung des völlig rückwärtsgewandten Betäubungsmittelgesetzes auf Bundesebene.

DP: Sie finden zu zufällig eine Milliarde Euro im Haushalt, über die Sie frei verfügen können – was würden Sie machen?

Das wäre schön. Ich würde noch mehr Räume für soziokulturelle Projekte sichern, also zum Beispiel Nachbarschaftszentren, wo man sich trifft und auch mal einen runden Geburtstag oder die Einschulung feiern kann und es Möglichkeiten – jenseits von Kommerz – gibt, sich auszuprobieren. Auch der Sanierungsfonds für die Dienststellen würde etwas abbekommen, den würde ich aufstocken, um da schneller voranzukommen.

DP: Was bekommen die Berlinerinnen und Berliner, wenn sie Die Linke wählen? (Six-Word-Flash, mit exakt sechs Wörtern antworten)

Eine lebenswerte Stadt, die niemanden zurückschlägt.



» Sprecher Jendro via Morgenpost zur ASOG-Novellierung

Die geschaffene Gesetzesgrundlage für den Einsatz von Bodycams ist ein politisches Placebo, weil eine sinnvolle Einführung praktisch auf Jahre verhindert wurde. Rot-Rot-Grün hat die Rechtsgrundlage im neuen ASOG auf drei Jahre beschränkt, einen Probelauf mit anschließender Evaluation fixiert. Man vertagt die Entscheidung zur Einführung, verhindert eine flächendeckende Ausstattung und nimmt weiter in Kauf, dass von Staaken bis Mahlsdorf täglich fast 20 unserer Kollegen angegriffen werden.

DEINE GdP INFORMIERT

Einkommensteuererklärung 2020

Auch im Jahr 2021 sind viele Familien und Haushalte weiterhin durch die Auswirkungen der Coronapandemie stark belastet. Da geraten leicht wichtige Dinge, wie die Einkommensteuererklärung, in Vergessenheit. Die Finanzämter erwarten aber trotzdem die fristgerechte Abgabe der amtlichen Formulare bis zum 31. Juli 2021.

Ullrich Thoms

Lohnsteuerhilfeteam

Wer den Abgabetermin aus wichtigen Gründen nicht einhalten kann, hat die Möglichkeit, eine Fristverlängerung zu beantragen, wobei diese rechtzeitig beim zuständigen Finanzamt eingehen muss.

Eine Pflicht zur Abgabe einer Steuererklärung besteht grundsätzlich bei allen Arbeitnehmer*innen und Beamt*innen in den Steuerklassen I–III, V und VI und IV/IV+Factor sowie bei Erhalt von sogenannten Lohnersatzleistungen wie Elterngeld, Kranken- und Arbeitslosengeld, Bezug von Kurzarbeitergeld und steuerpflichtigen Nebeneinkünften.

Haben Paare die Steuerklasse IV/IV gewählt, brauchen sie in der Regel keine Steuererklärung abzugeben, wenn z. B. keine weiteren Einkünfte vorliegen. Rentner*innen sind von der Abgabe auch nicht immer befreit, da nur ein bestimmter Teil der Rente steuerfrei ist. Für alle gilt: Ist der „Gesamtbetrag der Einkünfte“ 2020 nicht höher als 9.408 € (alleinstehend) bzw. 18.816 € (verheiratet), bleiben die Einkünfte steuerfrei. ■

Unsere GdP-Lohnsteuerhilfe

Da es im Steuerrecht aber nicht immer alles so klar ist wie man glaubt, sollten diejenigen, die sich nicht sicher sind, steuerliche Hilfe in Anspruch nehmen. Die GdP Berlin bietet diesen Service seit über 30 Jahren kostenlos für ihre Mitglieder an.

Eine telefonische Voranmeldung in der Geschäftsstelle, Kurfürstenstraße 112, 10787 Berlin, Tel.: (030) 2100040, ist unbedingt erforderlich.





REDAKTIONSSCHLUSS

für unsere Mai-Ausgabe, auch für Veranstaltungen, ist der 5. April 2021.
Euer Landesredakteur



Veranstaltungen

Seniorengruppen

Dir 1

Wann: Montag, 3. Mai, 13 Uhr
(12. April coronabedingt abgesagt).
Wo: MAESTRAL, Eichborndamm 236,
13437 Berlin.
Kontakt: Werner Faber, Tel.: (030) 4032839.

PA

Wann: Dienstag, 27. April, 16 Uhr.
Wo: Marjan Grill, Flensburger Straße/Ecke
Bartningallee, 10557 Berlin.

LKA

Hinweis: Bis auf Weiteres entfallen coronabedingt die Treffen und Veranstaltungen der Seniorengruppe.
Kontakt: Jürgen Heimann, Tel.: (030) 7217547, oder Marianne Fuhrmann, Tel.: (030) 7451353.

LABO – Die junge Seniorengruppe trifft sich:

Wann: Mittwoch, 14. April, 15 Uhr.
Wo: Je nach Wetterlage im Gartenlokal.

Wann: Mittwoch, 12. Mai, 15 Uhr.

Info: Jahreshauptversammlung mit Neuwahl des Vorstandes.

Wo: Die Örtlichkeiten werden zeitnah bekannt gegeben.
Sollte es wetterbedingt nicht möglich sein, erfolgen die Wahlen am 9. Juni 2021. Hierzu sind alle Vor- und Ruheständler sowie unsere Bezirksgruppe recht herzlich eingeladen.

Landesfrauengruppe

Wann: Mittwoch, 28. April, 16–18 Uhr.
Wo: GdP-Geschäftsstelle, Kurfürstenstraße 112, 10787 Berlin.

DEINE GdP INFORMIERT

Wiedersehenstreffen der früheren Einsatzabteilungen

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Zusammenhalt wird in unserem Beruf großgeschrieben und dazu gehört es eben auch, dass man sich nach einem Dienststellenwechsel oder gar dem Eingang ins Pensionsalter nicht aus den Augen verliert. Ausgehend von dieser positiv verstandenen Erinnerungs- und Umgangskultur habe ich es mir auf die Fahne geschrieben, Wiedersehenstreffen für die Angehörigen meiner früheren Einsatzabteilungen zu organisieren.

Für viele insbesondere junge Beamte waren meine EA 2 und auch die anderen EAs von 1974 bis 1992 die erste Station nach der Ausbildung oder dem Studium – für viele demnach eine enorm prägende Zeit, in der sie zu Polizistinnen und Polizisten geformt wurden. In den Monaten vor den Corona-Einschränkungen ist es gelungen, für die insgesamt fünf Einzelvorhaben der einzelnen EAs knapp 250 Kontakte zu recherchieren. Durch Mund-zu-Mund-Propaganda werden es nahezu täglich mehr. So konnten wir kurz vor dem 2. Lockdown

gemeinsam mit 40 Kollegen der EA 2/EB 21 – unter ihnen auch Ltd PD a. D. Peter Hanisch – ein kleines Wiedersehen feiern. Nachfolgende Treffen mussten coronabedingt leider abgesagt werden. Doch wir nähern uns der stufenweisen Rückkehr zur Normalität, sodass wir das Projekt wieder engagiert angehen können.

Interessierte Angehörige der EA 2, aber auch der anderen ehemaligen EAs können sich gern bei mir melden. Ich würde mich freuen, Euch wiederzusehen.

Michael Reineke

Tel. (0177) 366 79 15

Mail: michael.reineke6@icloud.com



Landeschef Norbert Cioma

Ich gratuliere allen Kolleginnen zum Frauentag und bin nicht nur heute, sondern an 365 Tagen dankbar, sie an meiner Seite zu haben. In der Polizei hat sich in den letzten Jahrzehnten einiges zum Guten entwickelt. Dennoch aber haben wir noch einen Weg vor uns, damit wir wirklich von Gleichberechtigung und Chancengleichheit sprechen können. Als GdP werden wir nicht lockerlassen, bis wir das, was längst Normalität sein müsste, erreicht haben.



Foto: CandyPotPictures

Weltfrauentag 2021



Foto: privat



Foto: privat

Deine GdP in den Medien



Foto: GdP-Berlin

Benjamin Jendro

ME Gewerkschaft der Polizei Berlin



Foto: GdP-Berlin

BREAKING NEWS

BENJAMIN JENDRO

GEWERKSCHAFT DER POLIZEI BERLIN

WELT 09:29 Dorf 85,84 -0,19 % • BMW 70,71 -0,21 % • Contine

DP – Deutsche Polizei
Berlin

Geschäftsstelle
Kurfürstenstraße 112, 10787 Berlin
Telefon (030) 210004-0
Telefax (030) 210004-29
gdp-berlin@gdp-online.de
www.gdp-berlin.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke

Redaktion
Benjamin Jendro (V.i.S.d.P.)
Telefon (030) 210004-13
jendro@gdp-berlin.de

Konten
Commerzbank
IBAN: DE69 3004 0000 0634 3073 00